

18 Juli 2005

Erklärung

Der Bundesrat hat Stellung genommen zum Postulat Stéphane Rossini, (mit Christine Egerszegi, Brigitta Gadiant, Maya Graf, Dominique De Buman, Heiner Studer) für eine nationale Armutskonferenz in jeder Legislaturperiode. Er beantragt dem Parlament die Ablehnung.

ATD Vierte Welt, Caritas Schweiz, HEKS, SAH (Schweizerisches Arbeiterhilfswerk) und SKOS (Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe), haben das Postulat mit einer Pressekonferenz im März unterstützt. Die fünf Organisationen bedauern diesen Entscheid sehr. Sie ersuchen den Bundesrat, noch vor Ablauf der Legislatur eine zweite nationale Armutskonferenz zu organisieren. Sie sehen diese Konferenz als eine Chance, um in den Dialog mit Armutsbetroffenen zu treten und die Massnahmen gegen Armut und Ausgrenzung besser zu koordinieren. Die unterzeichnenden Organisationen erachten die wachsende Armut für eine der grössten Herausforderungen in der Zukunft. Sie kann schwerwiegende Folgen für die Gesellschaft haben.

Der Bundesrat bekräftigt, dass er die Armutsbekämpfung weiter führen will und den diesbezüglichen Dialog zwischen allen zentralen Akteurinnen und Akteuren als wichtig erachtet. Unser Land hat aber noch wenig Erfahrung in der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit armen und ausgegrenzten Menschen. Diese muss deshalb aktiv gefördert werden. Ein Ziel einer Nationalen Armutskonferenz ist es, die Armen selber zu hören und damit eine neue Grundlage für die Diskussion zu schaffen. Nur so können Mittel effizient und wirklich nutzbringend eingesetzt werden. Ausserdem sind Grundlagenforschung, Ursachenanalyse, zielgerichtete Massnahmen und gute Koordination nötig, damit die Armutsprobleme langfristig bekämpft werden können. Der Bundesrat könnte mit einer nationalen Armutskonferenz beweisen, dass er die Armutsbekämpfung wirklich ernst nimmt und dazu beitragen, die Zusammenarbeit unter den verschiedenen Akteuren zu verbessern.

Der Bundesrat erachtet die Integration in den Arbeitsmarkt als eines der zentralen sozialpolitischen Anliegen. Gerade in diesem Bereich drängt sich aber eine Koordination besonders auf. Mit der Revision der Invalidenversicherung ist es nicht getan. Nur wenn das Problem ganzheitlich betrachtet wird – in Zusammenhang mit den neuen SKOS-Richtlinien, mit der Schaffung von Kinderbetreuungsangeboten, mit der Bildung und Weiterbildung, mit der Wirtschaftslage, der Entwicklung in Europa – und unter Einbezug aller Beteiligten, können weniger qualifizierte und schwächere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen eine Chance bekommen.

Der Bundesrat betont weiter, dass hinsichtlich der Armutsgefährdung von Familien bereits Massnahmen realisiert, beziehungsweise in Diskussion sind. Die Erfahrungen derer, die mit Armutsbetroffenen arbeiten, haben gezeigt, dass dies nicht reicht. Viele gefährdete Familien werden nach wie vor nicht erfasst, sie haben nicht den Mut, die ihnen zustehenden Mittel zu nutzen aus Angst vor gesellschaftlicher Ausgrenzung.

Oft herrscht in der Schweiz immer noch die Meinung, Armut sei selbstverschuldet. Gerade im gesellschaftlichen Bereich kann eine Nationale Armutskonferenz zur Aufklärung beitragen und die Situation von Menschen, die bei uns in Not leben, umfassend aufzeigen.

Kontakt ATD Vierte Welt : Claudia Meier – 044 955 11 92 – meierspitz@swissonline.ch